

Europäische Kommission
Generaldirektion Markt
Referat F2
1049 Brüssel
Belgien

Abteilung für Rechtspolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 195
1045 Wien
T +43 (0)5 90 900-4239 | F +43 (0)5 90 900-114239
E Ursula.Gortan@wko.at
W <http://www.wko.at/rp>

via E-Mail: markt-complaw@ec.europa.eu
cc: peter.hubalek@bmj.gv.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
KOM(2009) 614 endgültig
4. November 2009

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Rp 791/10/AS/UG
Dr. Artur Schuschnigg

Durchwahl
4014

Datum
18. Jänner 2010

Grünbuch Verknüpfung von Unternehmensregistern

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) (Interest Representative Number 10405322962-08) ist die gesetzliche Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich. Die WKÖ ist eine eigene Körperschaft öffentlichen Rechts nach Wirtschaftskammergesetz und gleichzeitig der Dachverband all jener anderen Körperschaften öffentlichen Rechts, die mit der gesetzlichen Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich beauftragt sind. Insgesamt vertritt die WKÖ ca. 300.000 Unternehmen.

Die WKÖ dankt für die Möglichkeit, am Konsultationsverfahren „Grünbuch Verknüpfung von Unternehmensregistern“, KOM(2009) 614 endgültig, teilzunehmen, und nimmt zu diesem Grünbuch Stellung, wie folgt:

Unternehmensregister (in der Folge auch kurz „Register“) sind eine wichtige Quelle, um Grundinformationen über Unternehmen zu erhalten.¹ Für den Rechtsverkehr ist es allerdings unerlässlich, dass die in diesen Registern enthaltenen Informationen vollständig, richtig und aktuell sind. Dies ist primär als Aufgabe der Unternehmen selbst anzusehen, in dem diese die entsprechenden Informationen in höchstmöglicher Qualität den Registern zur Verfügung stellen. Zudem muss das Vertrauen in die publizierten Informationen geschützt sein. Vollständigkeit sollte auch dahingehend erreicht werden, dass alle Unternehmen und Unternehmer

¹ Die Wiederherstellung des Vertrauens auf den Finanzmärkten bedarf allerdings ganz anderer Maßnahmen als die der Verbesserung des Zugangs zu Unternehmensregistern. Denn die in derartigen Registern enthaltenen Informationen haben nachgewiesener Maßen keineswegs auch nur annähernd die Möglichkeit eröffnet, die derzeitige Finanzkrise zu vermeiden. Dessen ungeachtet erleichtern derartige Register z.B. die Erfüllung der Verpflichtungen aus der sog. Geldwäsche-Richtlinie.

(sohin alle protokollierten und nicht protokollierten Unternehmen sowie alle als Unternehmen identifizierbaren Identitäten) in einem derartigen Register verzeichnet sind oder zumindest gewährleistet ist, dass diese Vollständigkeit durch Verknüpfung der Register erreicht wird. Dahingehend sollte vor allem auch auf nationaler Ebene eine optimale Verknüpfung der verschiedenen Register (insb. Firmenbuch und Gewerberegister) erfolgen.

Die Tatsache, dass Register seit spätestens 1. Jänner 2007 elektronisch zu führen sind, steigert wesentlich die Zugänglichkeit der Informationen. Österreich hat diesbezüglich eine äußerst positive und langjährige Erfahrung, von der auch die Europäische Union anerkannter Weise profitiert.

In diesem Zusammenhang ist allerdings ausdrücklich zu betonen, dass die WKÖ der fortgesetzten Verpflichtung zur Veröffentlichung dieser Daten zusätzlich in Papierform keinerlei Verständnis entgegenzubringen vermag.

So fordern wir seit Jahren eine Abschaffung dieser Veröffentlichungspflichten im Amtsblatt zur Wiener Zeitung. Eine derartige Publikationsform ist veraltet. Sogar die österreichischen Gesetze werden seit 2004 verbindlich im Internet kundgemacht. Diese Veröffentlichungspflichten kosten der österreichischen Wirtschaft über 15 Mio. Euro pro Jahr.

Unstrittiger Maßen sind auch auf europäischer Ebene Maßnahmen zu setzen, die Verwaltungslasten für Unternehmer maßgeblich zu senken. Daher ist die Position des Europäischen Parlaments zur Änderung der Publizitätsrichtlinie, das an der Veröffentlichung in Papierform festhalten möchte, absolut unverständlich.

Wir fordern daher eine umgehende Aufhebung aller derartigen einschlägigen papierenen Veröffentlichungspflichten!

Die Erlangung von Informationen auf elektronischem Wege wird grundsätzlich nicht durch staatliche Grenzen aufgehalten. Richtig ist, dass das verstärkte Engagement über nationale Grenzen hinweg im Rahmen des Binnenmarktes einen zunehmenden Bedarf an entsprechenden Informationen aus ausländischen Registern mit sich bringt. Neben der Vielzahl an nationalen Registern stellen auch die unterschiedlichen Sprachen eine nicht unwesentliche Barriere zur Informationserlangung dar.

In engem inhaltlichen Konnex dazu stehen auch all jene Vorgänge, die eine Zusammenarbeit zwischen den jeweils zuständigen Behörden und/oder jenen Stellen, die die Register führen, erfordern.

Zur Erreichung einer höchstmöglichen Effizienz, allerdings auch im Hinblick auf Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - sowohl bei Entwicklung als auch im Betrieb - sollte für alle diese Anwendungsbereiche ein einheitliches System zur Verfügung stehen. Unter der Voraussetzung gleich hoher qualitativer Standards der Informationen und des Informationsaustausches ist jede Anwendung über die EU-Staaten hinaus jedenfalls zu begrüßen.

Sicherzustellen ist ein anwendungsfreundlicher Informationszugang ebenso wie eine Begrenzung der Zugangskosten mit maximal jenen Kosten, die Entwicklung und Betrieb sowie allenfalls angemessene Gewinne verursachen.

Sohin ist die Fragestellung, ob ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister der Mitgliedstaaten erforderlich ist, aus den oben bereits angeführten Gründen und unter Berücksichtigung der oben angeführten Ausführungen zu bejahen.

Eine „Regulierungsvereinbarung“ ist an sich durchaus geeignet, die Einzelheiten einer derartigen Zusammenarbeit zwischen (Mitglied-)Staaten und den Betreibern der Register bzw. den Betreibern der Register untereinander festzulegen. Zur genauen Beurteilung ist es allerdings unumgänglich, sich über die rechtlichen Rahmenbedingungen klar zu sein.

Die Informationen sollten in der Darstellung einheitlich sein und auch in den jeweiligen Landessprachen zur Verfügung stehen. Neben der Darstellung sollten auch Mindestinhalte festgelegt werden (z.B. Name, Anschrift, Rechtsform, Funktionsträger, Eigentümer). Zusätzlich wäre es vorteilhaft, wenn auch Informationen im Sinne des Gläubigerschutzes in die Regulierungsvereinbarung einfließen würden.

Durch die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk zur Speicherung vorgeschriebener Informationen über notierte Unternehmen ergibt sich langfristig ein Mehrwert.

Aufgrund der Globalisierung und der immer weiter fortschreitenden Verschachtelung der Firmen und Konzerne ist es erforderlich, dass die Darstellung von Unternehmensverflechtungen, Unternehmensbäumen und Beteiligungsorganigrammen umgesetzt wird.

Unter dem Stichwort „ultimativer wirtschaftlicher Eigentümer“ könnten auch Dienstleistungen zu den Themen Bekämpfung internationaler Hehlerei und illegale Geschäftstätigkeiten angeboten werden.

Viele marktführende Wirtschaftsauskunfteien haben in den letzten Jahren hohe Investments in technische Gateways durchgeführt, die es ermöglichen, einerseits die Informationen aus den unterschiedlichen Unternehmensregistern auf einfachem Wege abzufragen (die Themen einheitliche Suche, unterschiedliche Sprache, Zeichensätze wurden dabei weitestgehend gelöst). Über das Unternehmensregister hinaus können Wirtschaftsinformationen inklusive Bonitätsdaten (Ratingbewertungen, Bilanzinformationen etc.) elektronisch und in strukturierter maschinell weiterverarbeitbarer Form zur Verfügung gestellt werden – so auch bei grenzüberschreitenden Fusionen und Firmensitzverlegungen.

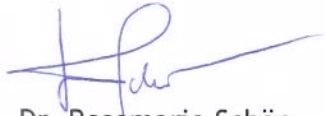
Noch nicht gelöst werden konnte das Problem einer einheitlichen öffentlichen Identifikationsnummer. Diese ist notwendig, um eine Kommunikation zwischen Unternehmensregistern und den Dateien der Wirtschaftsauskunfteien bestmöglich sicherzustellen. Voraussetzung ist dabei, dass die Identifikationsnummer öffentlich ist und abfragbar genutzt werden kann. Die existente UID Nummer ist zwar öffentlich, kann aber nicht aus einem Verzeichnis abfragbar genutzt werden.

Langfristig schlägt die Bundessparte Information und Consulting vor, im Zuge der Bemühungen der EU, PPP-Modelle zu intensivieren und zu fördern und den Verwaltungsapparat zu entlasten, solche PPP-Modelle mit lokalen oder ländergruppenbezogenen Kreditauskunfteien umzusetzen, zumal im nächsten Schritt die Verlagerung der Gesamtadministration der Datenerfassung und Pflege in Bezug auf die Unternehmensregisterdaten an diese oder andere private

Stellen (z.B. Verrechnungsstellenwirtschaft) outgesourct werden kann und somit zusätzlich der Verwaltungsapparat entlastet wird.

Diese Lösung erleichtert zudem die notwendigen Informationen über Zweigniederlassungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'R. Schön', with a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Rosemarie Schön
Abteilungsleiterin